

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1908)

Heft: 5-6

Artikel: Selbstregierung in Elsass-Lothringen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zwei Jahre wiedergewählt und die Rechnungsrevisoren pro 1908 bestätigt. Die Wahl unserer Vertreter bei der Delegiertenversammlung in Bern bleibt dem Vorstande überlassen.

Wir können es uns nicht versagen, zum Schlusse unsrer Mitgliedern gegenüber den Wunsch auszusprechen, künftig durch zahlreicheres Erscheinen ihr Interesse an unsrer Sache zu bekunden.

Es sei noch dankbar erwähnt, dass die „Basler Nachrichten“ und die „Nationalzeitung“ eingehende eigene Referate über den Vortrag und über den geschäftlichen Teil des Abends brachten. *G.-C.*

—o—

Aus der Friedensbewegung im Auslande.

Cassel. Die Ortsgruppe Cassel der Deutschen Friedensgesellschaft hielt am 8. Januar im Touristenzimmer des Palaisrestaurants ihre (am ersten Mittwoch jeden Monats dort stattfindende) Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst das provisorische Programm des im Hochsommer d. J. in London stattfindenden XVII. Internationalen Friedenkongresses bekannt und erteilte nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen Herrn Bruno Jakob aus Cassel das Wort zu einem Vortrag über „Föderalismus und Friedensidee“. Redner gab in seinen Ausführungen einen Einblick in die Ideenwelt des Föderalismus, ausgehend von der derzeitigen Lage Europas und der Skizzierung der damit erwachsenen Rüstungen. Er zeichnete dann, anlehnd an die Werke von und über Constantin Frantz, den Altmeister föderaler Lehre, die natürliche Gestaltung Deutschlands; er ging sodann zur Kritik vom „Nationalstaat“ und der „Internationale“ über, welche nach seiner Ansicht ebenfalls nicht geeignet seien, den Frieden Europas zu garantieren. Er entwarf dann in knappen und doch scharfen Zügen ein Bild des Deutschland, wie es der Föderalismus wünscht, als Kern einer in Recht und Frieden gefestigten europäischen Ordnung. Auch die jetzt wieder aktuelle polnische Frage ward erwähnt und unter Hinweis auf Constantin Frantz' „Deutsche Antwort auf die orientalische Frage“ der Weg zu einer friedlichen Gewinnung Polens gezeichnet. Gleichzeitig — so führte Redner aus — sei eine weitergreifende europäische Bundesregierung notwendig. Eine wirklich organische Bundesordnung, anschliessend an die natürliche Gestaltung Deutschlands und Europas, sei das Ziel des Föderalismus, ebenso wie nur Einigkeit, Recht und Freiheit des Glückes Unterpfand, die Garantie des Friedens sei! — Die sehr interessanten Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung mit reichem Beifall aufgenommen. Wenn auch die Versammlung nicht in allen Teilen, namentlich nicht in der starken Betonung des Rassenprinzips und in der zu engen Abgrenzung der föderalistischen Idee mit dem Redner einig war, so erregte die Schilderung der Stellung der vom Redner vertretenen föderalistischen Bestrebungen zur Friedensidee begreifliches und bedeutendes Interesse.

—o—

Selbstregierung in Elsass-Lothringen.

Strassburg, 31. Januar.

Zurzeit redet man hier viel von der Revision der Verfassung, resp. der Erhebung des Reichslandes zu einem deutschen Bundesstaate mit voller Autonomie, d. h. Selbstregierung. Wie man vielerseits über die Frage denkt, sei in Nachstehendem von einem Ein geborenen erörtert.

Als Elsass-Lothringen im Jahre 1870 deutsch wurde, hat man die damaligen Bewohner des Landes nicht gefragt, ob es ihnen recht ist oder nicht. Die Annexion war eine Folge des Krieges und eben ein Akt der Macht und der Gewalt.

Wenn nun heute alle politischen Parteien in Elsass-Lothringen eine Revision unsrer Verfassung verlangen und zwar dahin, dass das Reichsland ein deutscher Bundesstaat werden soll, so liegt darin das Zugeständnis, dass wir deutsch bleiben wollen. Eine Verlegung der Grenze hätte viele wirtschaftliche Nachteile sowohl für uns wie für Frankreich.

Für uns ist es daher wichtig, die bestehenden Verhältnisse — an deren Schaffung wir unbeteiligt waren — freiwillig nur zu sanktionieren unter der Voraussetzung, dass der zukünftige neue Bundesstaat so gestaltet wird und eine derartige Verfassung erhält, wie wir, die Bewohner des Landes, es haben wollen, und nicht wie Berlin, sei es Reichsregierung, Bundesrat oder Reichstag, uns vielleicht aufzotroieren würde.

Werden die Wünsche des elsass-lothringischen Volkes nicht erfüllt, und die Vorgänge in Preussen — wo die Regierung sich dem Volkswillen bezüglich des Wahlrechts widersetzt — berechtigen uns, sehr skeptisch zu sein, so haben wir keinerlei Interesse an einer Aenderung des jetzigen Zustandes. Das „lieber etwas wie nichts“ wäre da nicht am Platze, weil es sich um Fundamentalfragen handelt.

Sehr bedauerlich wäre es, wenn die Reichsregierung sich betreffs Elsass-Lothringen auf denselben Standpunkt stellen würde wie die Regierung in Preussen; bildet doch die Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts in einem Lande, das schon die „Menschenrechte“ (droits de l'homme) besass, die Basis für jedwede Verfassungsrevision.

Eine Verfassungsrevision in Elsass-Lothringen könnte vielleicht die Handhabe dazu bieten, den Zankapfel Europas, d. h. die sogenannte elsass-lothringische Frage, endgültig aus der Welt zu schaffen, zum Wohle eines wahren Friedens und der Menschheit. Das reelle Bestreben nach Versöhnung herrscht leider nicht überall. Bargent doch z. B. die Bestrebungen einiger Flottenvereinshitzköpfe manche Gefahr in sich, um so mehr, als Novicow in seinen dieser Tage veröffentlichten Ausführungen nachgewiesen hat, dass der Kuchen — den man da nennt Erdball — betreffs der Kolonien bereits unter den Völkern verteilt ist, und dass leicht die Tendenz Meister werden könnte, 3 Milliarden für eine Flotte auszugeben, in der Hoffnung, wiederum einmal anderweitig 10 Milliarden zu holen.

Auch in der „Tribune de Genève“ ist in der Montagsnummer sehr zutreffend gesagt worden, welches Ende mit Schrecken dieser Flottenwettlauf (Match ist dort gesagt) zwischen England und Deutschland nehmen wird.

Dieser Tage hat es sich wieder gezeigt, dass der Funke immer unter der Asche glüht, und wie notwendig es ist, dass die Rivalität und Animosität zwischen Frankreich und Deutschland endlich einmal aufhört. Die Völker und deren Regierende müssen eben einsehen, dass wir einem wirtschaftlichen Niedergang entgegengehen, wenn unsre Steuergroschen dazu dienen müssen, einen unersättlichen Militärmoloch zu speisen.

Jeder Versöhnungsvorschlag, wie z. B. der F. Laurs, ist der Prüfung wert und sei daher gesagt, um jeder chauvinistischen Aufwallung zu begegnen, dass, wenn zwei sich versöhnen sollen, eben jeder halbwegs entgegenkommen muss.

Allen denjenigen aber, welche sich vor Augen führen können, welch grenzenloses Elend, welch

schreckliches Gespenst ein moderner Krieg wäre, rufe ich zu, helft am Friedenswerke, Elsass-Lothringen seine Autonomie zu geben. *Ein Altelsässer.*

—o—

Rund um uns.

Vom deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag. Professor Quidde hat als Abgeordneter in der bayerischen Kammer dem deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag nachgefragt. In der Antwort erklärte der Ministerpräsident Freiherr von Podewils, die bayerische Regierung habe sich damit nicht zu befassen. Eigentliche Verhandlungen über einen Schiedsgerichtsvertrag seien nicht gepflogen worden; wohl aber sei gelegentlich der Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag auch die Frage besprochen worden, ob und wie weit in Streitfällen, die sich aus dem Handelsvertrag ergeben könnten, Schiedsgerichte vorzusehen seien. Artikel 10 a des Vertrages und eine Bemerkung im Schlussprotokoll stellen fest, dass Streitigkeiten über die Vertragstarife auf Verlangen des einen Beteiligten durch Schiedsspruch ausgetragen werden müssen. Andere Streitigkeiten, die sich bei der Anwendung des Handelsvertrages ergeben, können schiedsgerichtlich beigelegt werden, wenn beide Teile es wünschen. Selbstverständlich sympathisiert Bayern mit allen Bestrebungen, völkerrechtliche Zwiste auf friedlichem Wege beizulegen. Es besteht aber kein Bedürfnis nach einem Schiedsvertrag, der über die Bestimmungen des Handelsvertrages hinausgeht. Bei den ausgezeichneten und herzlichen Beziehungen mit der Schweiz wird es vielmehr wie bisher gelingen, Meinungsverschiedenheiten in freundschaftlicher Weise beizulegen.

Die Schweiz kann gewiss die herzlichen und freundlich-nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland bestätigen und wird nur wünschen, dass es immer dabei bleiben möchte. Auch wird jedermann befriedigt sein, wenn Streitigkeiten auf noch kürzerem und „gemütlicherem“ Wege erledigt werden können. Erstaunlich ist für uns nur, dass es nicht zu eigentlichen Verhandlungen über einen Schiedsvertrag gekommen ist. Denn nie ist ausgeschlossen, dass ein solcher in unvorhergesehenen Fällen gute Dienste leisten könnte. Man vergisst trotz allseitiger Freundschaft und Friedensliebe die neuen Kanonen auch nicht.

Im deutschen Flottenverein entstand ein Hausstreit um die Person des Generals Keim. Die Auseinandersetzungen zwischen dem „Flottenwütterich“ Keim, der eine rührige Wahlagitation geführt hatte, und den Bayern, die ihn nicht an der Spitze des Vereins sehen möchten, ist sehr scharf geworden. Uns interessiert besonders ein Ausspruch Keims: Wer für die Flotte arbeite, müsse folgerichtig die Parteien fördern, welche sie stützen. Sonst sei man ein Kaffeekränzchen. Notieren wir Pazifisten uns vielleicht das Wort als Weisheit zu unsern Freunden?

Deutsch-schweizerischer Schiedsvertrag. Hierüber schreibt die „Friedenswarte“: „Es wäre nun an der Zeit, dass sich im deutschen Reichstag ein Interpellant finde, der an dieser einzig zuständigen Stelle einmal die Frage nach diesem Vertrag erhöbe. Diese Frage ist um so berechtigter, als der Vertreter des Deutschen Reiches auf der Haager Konferenz vor der ganzen Welt erklärte, dass das Reich, das einen Welt-schiedsvertrag nicht schliessen will, jederzeit bereit sei, Einzelverträge abzuschliessen. Es wäre nun interessant zu erfahren, warum Deutschland, das für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit so schwärmt..., sich nicht entschliessen kann, mit einem benachbarten Kulturlande einen solchen Ver-

trag abzuschliessen, den sieben andere Mächte.... bereits seit langem abgeschlossen haben.“ *Bst.*

Verschiedenes.

Fortschritte des Esperanto. Man teilt uns aus dem Zentralbureau des Esperanto mit: Die internationale Hilfssprache Esperanto ist auf Befehl des Königs Leopold in die belgische Armee eingeführt worden. Der belgische Staat hatte sich auf dem dritten Esperanto-Weltkongress in Cambridge (England) durch den Artillerieutenant Cardinal, Professor an der Militärschule in Brüssel, offiziell vertreten lassen; an der genannten Schule ist nun Esperanto als neues Unterrichtsfach eingeführt und Lieutenant Cardinal mit dem Unterricht betraut worden.

Es ist überhaupt bezeichnend, wie die internationale Hilfssprache, in welcher man immer ein wirk-sames Friedensmoment zu erblicken gewohnt ist, gerade in militärischen Kreisen grossen Anklang findet. So ist z. B. der Ehrenpräsident der englischen Esperantistengesellschaft der aus dem Burenkrieg bekannte General Lord Roberts, der Präsident derselben Oberst Pollen; der erste Präsident der internationalen wissenschaftlichen Gesellschaft der Esperantisten und Vorsteher des Esperanto-Zentralbureaus in Paris ist der französische General Sébert. Aus verschiedenen Ländern, wie z. B. auch Japan, werden zahlreiche Beiträge von Militärpersonen zur Esperantobewegung gemeldet.

Von anderer Seite wird berichtet, dass der junge Genfer Esperantist Edmond Privat, gewesener Sekretär des zweiten Esperanto-Weltkongresses in Genf (1906), auf einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten die besten Erfolge für Esperanto erziele. Er wurde auch von dem berühmten Psychologen William James in Boston, Professor an der Harvard-Universität, empfangen und erhielt dessen Beitritt zu der internationalen wissenschaftlichen Gesellschaft der Esperantisten. An der genannten Universität besteht eine Esperantistenvereinigung, welcher auch mehrere Professoren angehören, und der Mathematikprofessor Huntington gibt sein Werk über die stetige Funktion in der Mathematik in Esperanto-Uebersetzung heraus.

Was der letzte südwestafrikanische Krieg Deutschland gekostet hat. Die Unterdrückung des Aufstandes der Hottentotten, welche einen 3½jährigen Kampf gegen einen unangreifbaren Feind in einem wüsten, wasserlosen Lande erforderte, hat der deutschen Armee 90 Offiziere und 1351 Unteroffiziere und Soldaten gekostet, von denen 62 Offiziere und 614 Mann auf den Schlachtfeldern blieben, 26 Offiziere und 663 Mann an Krankheiten starben, und 2 Offiziere und 74 Mann sich in der Wüste verirrten und verhungerten und verdursteten oder wilden Tieren zum Opfer fielen. Ausserdem wurden 179 Offiziere und 2169 Unteroffiziere und Soldaten in den verschiedenen Gefechten verwundet und mussten längere Zeit verpflegt werden. Dabei überschritten die Kosten dieses durch Unkenntnis in der Behandlung der Eingeborenen hervorgerufenen Feldzuges 1250 Millionen Franken. Dieses Geld wäre allerdings, wie nachträglich die deutschen Kolonialpolitiker gestehen, besser zum Bahnbau nach dem fruchtbaren Hinterlande Deutsch-Ostafrikas verwendet worden, mit welcher aus burokratischer Schwerfälligkeit zehn Jahre gewartet wurde, bis die unternehmenderen Engländer mit ihrer Uganda-bahn dem deutschen Projekt zuvorkamen und damit einen grossen Teil der innerafrikanischen Ausfuhr an sich rissen. Das Kolonisieren will eben auch verstanden sein.

L. R.